

Norddeutsche Arbeiterstimme

Nummer 10

November 1954

5 Pfennig

Soll der Salzgitterkumpel die Kosten der Karnevalsbahn tragen?

Seit langem gehen Gerüchte in der Belegschaft um, wonach die Leitung des Hüttenwerks sich mit der Absicht freigt, die von der Belegschaft seit dem Jahre 1938 erhaltene Fahrgeldrückerstattung aufzuheben. Es ist nicht das erste Mal, sondern schon vor längerer Zeit sind die verschiedensten Versuche in dieser Richtung gemacht worden. Nunmehr steht erneut diese Frage im Brennpunkt der Erörterungen der Belegschaft.

Ursache für die Gewährung von Fahrgeldrückerstattung war zunächst einmal, daß das Gebiet Salzgitter verkehrstechnisch nicht aufgeschlossen war und die Belegschaftsmitglieder der früheren Reichswerke sehr umständliche und weite Wege zum Arbeitsplatz, verbunden mit hohen Kosten, zurückzulegen hatten. Heute ist diese Fahrtkostenrückerstattung ein fester Bestandteil des Einkommens von Lohnempfängern und Angestellten geworden. Es ist auch arbeitsrechtlich gesehen Gewohnheitsrecht. Überdies wurde zwischen Betriebsrat und Unternehmen über die Fahrtkostenregelung ein Abkommen getroffen, und zwar dahingehend, daß Fahrtkosten in der Höhe bis zu DM 25,—/Monat zurückerstattet werden.

Wenn nun erneut diese Frage in die Diskussion geworfen wird, so deswegen, weil durch die Errichtung der neuen Bundesbahnlinie Immendorf/Lichtenberg über Lebenstedt neue Verkehrsbedingungen geschaffen worden sein sollen. Aber nicht dies allein, sondern neue Wohnsiedlungen in Lebenstedt, Abschnitt VI und VII mit Straßenverbindungen zum Hüttenwerk, sowie neuer Wohnraum in Steterburg und eine demnächst fertige verkürzte Wegstrecke von Salzgitter über Gleisdreieck sollen die Fahrgeldregelung „in einem anderen Licht“ erscheinen lassen. Wir haben in ARPO Nr. 17 den Bau der obengenannten Bahnlinie, Planung wie Linienführung, als einen karnevalistischen Streich bezeichnet. Es wirft sich heute die Frage auf, ob unsere damaligen Feststellungen nun auch eingetreten sind, nämlich, ob dadurch Erleichterungen oder verkürzte An- und Abfahrtszeiten vom Wohnort zum Arbeitsplatz und zurück eingetreten sind. Das Gegenteil ist der Fall!

Nach der Bekanntmachung des neuen Fahrplans sieht es so aus, daß an An- und Abfahrtszeiten, z. B. von Lebenstedt, Abschn. VI und VII, mit dieser neuen Bundesbahn morgens und abends je 1½ Std. verloren gehen, d. h. daß der Kumpel neben seiner 8stündigen Arbeitszeit zusätzlich noch insgesamt 3 Stunden unterwegs ist, und das alles im Zeichen des Kampfes um die 40-Stunden-Woche! Die Arbeiter und Angestellten müssen also täglich 3 Stunden Zeit aufwenden, um 6 km vom Wohnort zum Arbeitsplatz zurückzulegen! Bei solchen Verhältnissen ist es natürlich, daß viele Berufstätige sich selbständig machen, auf eine so praktische Bahnfahrt verzichten, ihr altes Fahrrad aus dem Keller nehmen, oder aber das Moped nehmen — falls sie eins haben — um mit diesem zum Arbeitsplatz zu gelangen. Dazu kommt, daß der größte Prozentsatz der Belegschaft in Lebenstedt, Steter-

burg, Salzgitter, Gebhardshagen und der Hütte naheliegenden Orte seinen Wohnsitz hat.

Wir können also feststellen, daß durch diesen Bahnbau erreicht wurde, — so widersinnig es klingen mag —, daß viele Arbeiter sich selbständig machen und lieber auf das Fahrgeld verzichten, als dafür lange Fahrtzeiten zu verdrödeln. Es geht aber nicht an, daß das erworbene Recht und der wirtschaftliche Vorteil der Fahrtkostenrückerstattung einfach verloren gehen. Arbeiter und Angestellte sollten fordern, daß der volle Betrag, der vom Hüttenwerk für Fahrgeldrückerstattung ausgeworfen wird, der Belegschaft erhalten bleibt und daß der Betriebsrat dafür zu sorgen hat, daß dieser Betrag, eventuell in einer tarifvertraglichen Regelung, verankert wird. Unter keinen Umständen darf das Unternehmen an dem Fahrgeldrückerstattungsbeitrag profitieren.

Im übrigen haben wir einen guten Vorschlag, um auf diesem Gebiet noch einige tausend Mark zu sparen. Die Leitung des Hüttenwerks hat für ihre leitenden Angestellten Einzelbenutzungsverträge für Kraftfahrzeuge abgeschlossen, wonach — Gerichtsurteil zufolge — für einige leitende Angestellte, die höchstwahrscheinlich kein geringes Gehalt haben, monatlich noch einige hundert Mark zusätzlich für Fahrtkosten und Amortisation des Wagens vom Unternehmen gezahlt werden. Arbeitet hier das Unternehmen auch nach der Devise: Den Kleinen hängen und die Großen laufen lassen?

Es ist nicht anzunehmen, daß der Betriebsrat des Hüttenwerks solchen Dingen stillschweigend zusieht oder sie hinnimmt. Der Belegschaft aber möchten wir zurufen: Stellt euch hinter eure Vertrauensleute und Betriebsräte und verlangt von ihnen eine Regelung, die im Interesse der Gesamtbelegschaft liegt. Wir werden später auf diese Angelegenheit noch einmal zurückkommen. Wie wir hören, soll demnächst eine außerordentliche Vertrauensmänner-Konferenz stattfinden, wo zu obiger Angelegenheit Stellung genommen wird.

Aus dem Walzwerk II

Werkspsychologie - von unten gesehen

Niemand wird auf den Gedanken kommen, ein Walzwerk mit einem Sanatorium zu vergleichen, besonders wenn es sich in der Anlaufzeit befindet. Da sich der größte Teil der Belegschaft erst einarbeiten muß, sind Umbesetzungen von einem Arbeitsplatz auf den anderen nicht nur unvermeidlich, sondern oftmals betriebsnotwendig.

Das alles sind eigentlich Selbstverständlichkeiten. Trotzdem sind wir der Meinung, daß die leitenden Herren nach 7 Monaten so langsam den richtigen Mann am richtigen Platz haben könnten. Aber weit gefehlt. Nachdem nun schon drei oder vier Stellenbesetzungspläne aufgestellt worden sind, finden immer noch Umbesetzungen am laufenden Band statt. Ein Hin und Her, wenn nicht sogar ein Durcheinander, bei dem sich die leitenden Herrn am wenigsten zurecht finden. Die ersten Stellenbeset-

zungspläne waren noch nicht fertig geschrieben, als schon wieder lustig umgesetzt wurde.

Am eifrigsten auf dem Gebiet des Hin und Her betätigt sich der Chef der Adjustage, Herr Essfeld, seines Zeichens Oberingenieur, und wie es sich für einen Akademiker geziemt — unnahbar. Sind schon seine organisatorischen Fähigkeiten recht zweifelhaft, so sind seine Umgangsformen mit den Arbeitern unmöglich. Dabei redet er nicht nur viel von Blech, sondern der Inhalt seiner Reden ist meistens wirklich Blech. Sich seiner akademischen Würde bewußt, fängt bei ihm der Mensch erst bei einem ausgewachsenen Akademiker an. Die Meister und Arbeiter behandelt er im Jargon eines goldbetreten und lamettageschmückten SA-Hauptsturmführers unseligen Andenkens. Der Unteroffizier Himmelsstoß aus dem Roman „Im Westen nichts Neues“ ist ein Waisenknabe dagegen.

Es ist uns nicht bekannt, woher unser Herr Akademiker kommt, angeblich aus Oberschlesien. Das ist auch unwichtig. Jedenfalls zeigen seine ganzen Umgangsformen und seine Unnahbarkeit, daß er zu den ewig Gestrigen gehört und noch nicht begriffen hat, daß sich die Arbeiter verbitten, wie Heloten behandelt zu werden. Dies umsomehr, da es sich bei einem Teil der Walzwerkarbeiter um Leute handelt, die am Kampf gegen die Demontage und damit am Aufbau des Hüttenwerkes ihre Verdienste haben.

Im Interesse einer reibungslosen Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und Belegschaft wäre es ratsam, Herrn Essfeld dort zu beschäftigen, wo er keinen Schaden anrichten kann. Er hätte dann genügend Zeit, sich mit Werkpsychologie und dem bekannten Buch Knigges bekanntzumachen.

Leider gibt es unter den Meistern und Vorarbeitern auch einige, die nicht immer den richtigen Ton finden können. Einer von ihnen ist Meister Hörmann aus der Walzendreherei. Fast mit allen Leuten befindet er sich auf dem Kriegsfuß. Das ist kein Wunder, wenn festgestellt werden muß, daß Bezeichnungen wie: „Sie Idiot!“ für die Kollegen bei weitem noch nicht die ausfälligsten sind. Erst kürzlich hat es ein Kollege vorgezogen, sich in einen anderen Betrieb versetzen zu lassen, als sich noch länger von Hörmann schikanieren zu lassen. Dieses Verhalten ist umso verwerflicher als Meister Hörmann vor Jahren Betriebsratsvorsitzender bei der FAMAS war.

Um sich gegen Willkür und Schikanen der Vorgesetzten erfolgreich zur Wehr zu setzen, gibt es für die Kollegen des Walzwerk II nur einen Weg. Nämlich, sich noch besser zu organisieren und in jeder Schicht und in jeder Abteilung charakterfeste Gewerkschaftsfunktionäre zu wählen, die in jeder Situation und zu jeder Zeit in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat ihre Interessen zu vertreten haben.

Wann kommt die Winterbeihilfe?

Einem Problem in Westdeutschland wird zu wenig Beachtung geschenkt. Es ist die wirtschaftliche Lage der Arbeitslosen in der Bundesrepublik. Diese nicht kleine Gruppe unserer Kollegen kämpft verzweifelt, um zu den nötigsten finanziellen Mitteln angesichts des bevorstehenden Winters zu kommen. Es ist im allgemeinen ein Kampf einzelner gegen eine Bürokratie, welche durch das Arbeitsamt verkörpert wird. Nicht genug, daß diese Kollegen zu Lohnrückerei und Streikbruch angehalten werden, nein, selbst die erworbenen Rechte auf Grund der gezahlten Versicherungsbeiträge werden in vielen Fällen geschränkt.

Dabei gibt es unglaubliche Auswüchse. Schwangere Frauen werden zu Rübenarbeit vermittelt. Zur Zuckerrübenkampagne werden Kollegen für einen Stundenlohn von 50 Pfennigen vermittelt, wobei ihnen mit Sperrfrist gedroht wird. Hier zeigt sich die Kehrseite der freien Marktwirtschaft und die Rolle der Staatsorgane als Instrument der herrschenden Klasse. Ist es da ein Wunder, daß sich die arbeitslosen Kollegen, trotz riesiger Diffamierung der arbeitslosen-Ausschüsse seitens der Regierung, zusammenschließen, um gemeinsam ihre Rechte, die in keinem Fall ungebührlich sind, durchzusetzen.

Der Winter steht vor der Tür und die Einkellerungszeit für Kartoffeln ist vorbei. Aber die Beihilfen, die nach langem Hin und Her von den Parlamenten bewilligt wurden, sind noch nicht ausbezahlt. Dabei sind die 25 Mark, welche der Bundestag bewilligt hat, ein Almosen. Aber gleich beginnt der Terror gegen die Arbeitslosenaus-

schüsse. Der Ausschuß Salzgitter wurde bei der öffentlichen Ratssitzung der Stadt wegen einer Kartoffelbeihilfe vorstellig. Mit dem Vorstand kamen auch ca. 100 Arbeitslose, um den Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Aber siehe da! 200 Polizisten waren zur Stelle, um die Arbeitslosen vor der Wut des Rates zu schützen. Oder sollte es umgekehrt sein? Die Arbeitslosen sahen sehr friedlich aus und waren wohl durch Unterernährung kaum in der Lage, den wohlgenährten Vertretern der Stadt gefährlich zu werden. Der Antrag der Arbeitslosen wurde nach langem Widerstreben dem Ausschuß, der dafür zuständig ist, überwiesen. Es wird notwendig sein, bei Gelegenheit einmal nachzufragen.

Nun, Kollegen, die ihr erwerbslos seid, eure Forderung ist berechtigt! Helft euren selbstgewählten Ausschüssen bei dem Versuch der Verbesserung eurer Lebensbedingungen. Auch für euch gilt das Wort: Einzeln bist du nichts, vereint seid ihr alles! Und den Kollegen in den Betrieben können wir nur zurufen: Unterstützt die Forderungen der arbeitslosen Kollegen. Genau so wie ihr verlangt, daß sie nicht als Streikbrecher auftreten, verlangen sie von euch, daß ihr ihnen Beistand leistet. Auch ihr kommt vielleicht einmal in die Lage, in die Armee der Namenlosen einzutreten, und dann haben sie die Rechte, die sie heute erkämpfen, auch für euch erkämpft.

Salzgitter-Metall:

Stellungnahme zu Hannover

In der Vertreterversammlung der IG Metall, Salzgitter, wurde der Bericht des Koll. Söchtig im wahren Sinne des Wortes entgegengenommen. Nur ein Kollege trat in der Diskussion auf, kritisierte das Versagen der Gewerkschaften in der Vergangenheit und berief sich mit Recht darauf, daß man die günstigen Gelegenheiten der Jahre 1951 bis 1953 verpaßt habe. Jetzt bestände keine Möglichkeit mehr, den verfahrenen Karren aus dem Dreck zu ziehen.

So richtig seine Kritik war, so falsch sind seine Schlußfolgerungen, die in der Endkonsequenz darauf hinausliefen: Es hat ja alles keinen Zweck mehr, laßt die Karre laufen, wie sie will! Das ist eine gefährliche Kapitulationsstimmung, die bei einem so langjährigen Funktionär, wie bei dem Koll. K. gar nicht aufkommen dürfte. Angesichts der vergangenen Lohnkämpfe der Metaller in Württemberg-Baden und vor allem in Bayern, liegt gar kein Grund für eine solche Stimmung vor. Diese Lohnkämpfe haben gezeigt, daß die organisierte Arbeiterklasse eine Kraft darstellt und durchaus in der Lage ist, dem profitgierigen Unternehmertum etwas abzurufen. Besonders erfreulich ist doch die Tatsache, daß die Jugend, an der die älteren Kollegen oftmals kein gutes Haar lassen, sich aktiv beim Streikpostenstehen, Kurierdienst usw. eingesetzt hat. Dies wurde auch vom Koll. Söchtig gebührend herausgestellt.

Es liegt uns fern, etwa die in der Lohnbewegung gemachten Fehler zu beschönigen, aber eins steht doch ohne Zweifel fest, daß die oben erwähnten Lohnkämpfe nicht nur die Kollegen in Bayern und Württemberg-Baden in Bewegung brachten, es wurde auch darüber hinaus eine entscheidende Bresche geschlagen, die auch den anderen Bezirken und Industriegruppen zugute kommt und nicht zuletzt das Kraftbewußtsein der Arbeiter hebt.

In seinen Ausführungen ging Koll. Söchtig auf die Rede des Koll. Brenner und die Forderungen: 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich, Gleiche Entlohnung für Mann und Frau, Tarifliche Sicherung der Weihnachtsgartifikationen, Ausreichende Altersversorgung usw. ein. Diese Forderungen seien Nahziele, die noch im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erreichbar seien. Wir sind allerdings der Meinung, daß auch diese sogenannten Nahziel-Forderungen nur gegen und niemals in Zusammenarbeit mit den Unternehmern erfolgreich durchgesetzt werden können. Andernfalls werden und müssen es fromme Wünsche bleiben. Deshalb bezweifeln wir auch, daß die sogenannten „Freiwilligen Schlichtungsvereinbarungen“ die richtigen Organe seien, die Forderungen der Arbeiter durchsetzen zu helfen. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß gerade in dieser Frage Brenner eine mehr als zwiespältige Haltung einnimmt.

Koll. Söchtig ging dann auf die Mitbestimmung und Privatisierung bundeseigener Betriebe ein. In diesem Zusammenhang wies er auf den Aktienwerb ausländischer Kapitalisten in der westdeutschen Schwerindustrie

Bezüglich des Wertes des Mitbestimmungsrechts und der Arbeitsdirektoren verweisen wir auf die Ausführungen von Dr. Viktor Agartz, die er auf dem DGB-Kongreß in Frankfurt vorgetragen hat. Auch nach seiner Meinung sind die Arbeitsdirektoren nichts anderes als „Arbeitgeber“, die ausschließlich die Interessen des Unternehmens wahrzunehmen haben und dabei naturgemäß im Gegensatz zu ihren Gewerkschaftskollegen kommen müssen. In der Frage der deutschen Einheit vertrat Koll. Busch die Auffassung, daß diese nur durch gemeinsamen Kampf der Arbeiter in Ost- und Westdeutschland für ein sozialistisches Deutschland verwirklicht werden könne. Im Osten Kampf gegen die unfähige Bürokratie und im Westen Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat! Der starke Beifall am Ende seiner Ausführungen zeigt deutlich, daß der Redner den anwesenden Funktionären aus dem Herzen gesprochen hatte.

Darauf referierte Koll. Busch über die neuen Tarifverträge. Er ging auf die Vorgeschichte des Tarifabschlusses ein und erläuterte die Umstände und Faktoren, die bei dem mageren Ergebnis bestimmend und ausschlaggebend waren. Auch in den Handwerksbetrieben seien Lohnerhöhungen von 6 bis 8 Pfg. pro Stunde im Schnitt durchgesetzt worden. Trotzdem liegen die Löhne immer noch weit unter denen der Großindustrie. Die Ursache hierfür läge nicht zuletzt in dem schlechten Organisationsverhältnis dieser Kollegen.

In der anschließenden regen Diskussion wollten die Kollegen vor allem Aufklärung über das abgeschlossene Zusatzabkommen haben. Wie Koll. Busch im Schlußwort mitteilte, soll anfangs November eine Funktionärsitzung stattfinden, wo ausschließlich dieses Zusatzabkommen behandelt werden wird.

Ein Kollege stellte die Frage nach der Relation zwischen Lohn- und Gehaltstarifen. In der Beantwortung machte es sich der anwesende Vertreter der Angestellten in der Bezirksleitung, Koll. Rosenhagen, recht einfach, indem er einfach nur die Ecklöhne mit den Grundgehältern verglich. In Wirklichkeit machen doch die Ecklöhne plus Leistungszulage und Prämie den wirklichen Stundenlohn aus, während bei den Angestellten nur das Grundgehalt die effektive Entlohnung ist.

Der dritte Tagesordnungspunkt, Bericht des Koll. Kienhorn vom DGB-Kongreß in Frankfurt, mußte wegen vorgerückter Zeit ausfallen.

Die Botschaft haben wir gehört...

Auf einer Kreisdelegierten-Konferenz des DGB im Ratskeller von Salzgitter-Bad — die übrigens nicht sehr gut besucht war und auf der einige prominente Kollegen vermißt wurden — berichtete der Koll. Edu Wald über den Bundeskongreß des DGB in Frankfurt.

Er brachte in seinen Ausführungen u. a. zum Ausdruck, daß es für die Vorstände der 16 im DGB zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften wahrscheinlich nicht leicht gewesen sei, die Delegierten von der Notwendigkeit zu überzeugen, diesen Vorstand des DGB wieder zu wählen und das Wahlergebnis bestätige diese Schwierigkeit. Die Ausführungen des Koll. Freitag seien sehr dürftig gewesen und gaben genug Anlaß zu heftiger Kritik. Es sei sehr fraglich, ob in diesem Vorstand Personen gewählt worden wären, die für die Durchführung der gefaßten Beschlüsse sorgen würden. Es sei notwendig, in 2 Jahren Kollegen vorzuschlagen, die sich durch die Praxis das Vertrauen der Mitglieder erworben hätten.

Der Redner betonte besonders, daß sich der Wille zum Handeln in den Industriegewerkschaften durchsetze und in den Lohnkämpfen der jüngsten Vergangenheit sowie in der Forderung nach einem Aktionsprogramm sichtbar zum Ausdruck gekommen sei. Allerdings sei das Aktionsprogramm genau so ein Stück Papier wie der mit großer Mehrheit angenommene Antrag gegen die Remilitarisierung, wenn keine Kraft dahintergestellt würde. Dieser Antrag sei lediglich eine Willenskundgebung und zur Realisierung müsse noch sehr viel geschehen. Vor allem müsse man im Kampf um die Durchführung des Aktionsprogramms die Kräfte entwickeln, die notwendig sind, Forderungen um eine Besserstellung der Arbeiter und Angestellten verwirklichen zu können.

Wir haben diese gewiß sehr interessanten Ausführungen gehört und müssen feststellen, daß schon sehr oft, auch von anderen Kollegen, der Zustand richtig dargestellt wurde, aber leider ist bisher noch nie etwas da-

durch geändert worden. Erst wenn die Mitglieder beginnen, nicht nur die Politik ihrer Führung kritisch zu betrachten, sondern ernsthafte Gegenmaßnahmen ergreifen, kann eine wirkliche Wendung der Gewerkschaftspolitik herbeigeführt werden.

Salzgitter-FAMAS:

Baut die 1000 DM-Gehälter ab, wenn ihr sparen wollt!

Seit wir in Nr. 9 der ARSTI unter der Überschrift „Hände weg von den Sozialeinrichtungen“ über die letzte Betriebsvollversammlung der FAMAS berichteten, sind 4 Wochen vergangen und der Angriff ist inzwischen offen erfolgt. Der Aufsichtsrat hat am 23. Oktober getagt und festgelegt, daß die Zahlung des Fahrgeldes nicht mehr in der bisherigen Form erfolgen soll, sondern durch ein tarifliches Zusatzabkommen einzubauen ist, wobei an eine Stundenlohnerhöhung in Höhe von etwa 4—6 Pfg. gedacht wird.

Um von der Zahlung des Treuegroschens befreit zu werden, will man die bestehende Arbeitsordnung aufkündigen, in der diese Sonderzulage rechtlich verankert ist. Das Weihnachtsgeld will man in derselben Höhe wie im Vorjahr zahlen. Die im Vorjahr entstandene Kampfsituation will man in diesem Jahr nicht wieder heraufbeschwören. Durch diesen Beschluß hat die Spannung innerhalb der Belegschaft etwas nachgelassen, aber sie ist trotzdem noch vorhanden, da die Gerüchte nicht verstummen wollen, daß infolge von Einsparungsmaßnahmen, die alljährlich zu dieser Zeit immer wieder vorgenommen wurden, Kündigungen zu erwarten sind.

Daß diese Kündigungen, wenn sie erfolgen müssen, diesmal an anderer Stelle vorzunehmen sind als bisher, darüber ist sich fast die gesamte Belegschaft im klaren. Wird man den Mut finden, oben mit dem Abbau anzufangen? Wird man alle wirklich überflüssigen Kräfte abbauen? Unten wird diesmal nichts mehr zu machen sein, da sie sonst oben Gefahr laufen, selbst die anfallenden Arbeiten verrichten zu müssen! Bei dem Abbau von oben wird der allgemeine Unkostensatz, der hier im Augenblick noch sehr, sehr hoch liegt, so gesenkt, daß unser Betrieb endlich mal konkurrenzfähig wird, so daß auch wohl für die Belegschaft, die diese Werte erarbeiten muß, etwas mehr als bisher, abfällt. Wenn über 30 Personen vorhanden sind, die weit über 1000 DM im Monat Gehalt beziehen, wird es höchste Zeit, daß hier einmal gründlich durchgegriffen wird. Es darf dabei aber nicht wieder so verfahren werden, wie z. T. bisher, daß man nach dem Abbau alter, bewährter Kräfte zwei neue Kräfte einsetzt, noch dazu mit außertariflicher Bezahlung.

Die Arbeitsmoral wird auch besser werden, wenn die Belegschaft sieht, daß die unnützen Antreiber geringer werden. Die heutigen Zustände sind ein Jammer. Ueberstunden werden geschoben, noch und noch. Von den Angestellten verlangt man, daß die Ueberstunden wieder abgefeiert werden sollen! Wo bleibt da die Arbeitslust? Wo die Arbeitssicherheit?

Der kürzlich passierte Unfall mit tödlichem Ausgang war für die Belegschaft ein Schrecksignal. Was wird heute noch zur Verhinderung von Betriebsunfällen getan? Viel ist es nicht mehr.

Nun noch ein Wort zum Fahrgeld. Als hier während des Krieges die Werke aufgebaut wurden, wuchsen zu gleicher Zeit die Großsiedlungen. Aus gesundheitlichen und hygienischen Gründen wurden diese Siedlungen in mindestens 6 km Entfernung vom Werk angelegt. Für Beförderung zum Werk und zurück wurde werksseitig die Bezahlung vorgenommen und garantiert. Diese Maßnahme hat sich bis heute, also schon weit über 14 Jahre, erhalten. Fast alle Belegschaftsmitglieder sind dadurch mindestens 1 Stunde vor Beginn und wieder 1 Stunde nach Beendigung der Arbeitszeit unterwegs, so daß der Kollege fast 11 Stunden benötigt, um den 8-Stundentag zu erfüllen. Zu diesem großen Opfer an Zeit soll nun noch das materielle Opfer der Zahlung des Fahrgeldes kommen.

Wenn man heute auch davon spricht, dieses Geld durch Zusatzabkommen im Tarif als Lohnzulage in Höhe von ungefähr 5 Pfg. einzubauen, so sind wohl die Hintergründe deutlich erkennbar. Warum will man denn das Fahrgeld nicht mehr bezahlen? Weil man doch „sparen“ will, und sparen tut man nicht, wenn man durch Lohnzulage das Geld wieder ausgeben muß. Dieses Vorhaben

ist wohl nur ein Schachzug, der aber von vornherein erkannt wird. Deshalb, Betriebsrat und Gewerkschaftsvertretungen, sagt der Geschäftsleitung klar und deutlich: „Hände weg von dieser schon über 14 Jahre bestehenden Selbstverständlichkeit. Wenn schon Opfer gebracht werden müssen, dann fangt an anderer Stelle an und geht mit gutem Beispiel voran.“

Hamburg

SPD-Wehrdiskussion ohne Jugend

In Hamburg-Volksdorf veranstaltete Ende Oktober die SPD eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Wiedervereinigung — Soldaten“. Besucht war die Versammlung von rd. 50 Personen, fast ausschließlich SPD-Genossen. Die älteren Jahrgänge überwogen: Jugendliche unter 20 Jahre fehlten überhaupt.

Es referierte die Bundestagsabgeordnete I. Keilhack. Das Referat, das fast 2 Stunden dauerte, war gänzlich aus der Sicht des Parlaments gehalten. Die wesentlichen Punkte waren: Es sei gefährlich, dem Amerikaner blindlings zu folgen. Nach dem Scheitern der EVG wäre die Zeit für eine Generalanalyse gekommen. Es sind Anzeichen in der russischen Außenpolitik zu spüren, die auf eine Aenderung hinauslaufen. Die Kriegsgefahr sei heute nicht mehr so groß. Rußland sei für ein friedliches Nebeneinander (Koexistenz). Die Zusammenarbeit der Brüsseler Mächte müsse mehr auf sozialem und kulturellem statt auf militärischem Gebiete liegen.

Die SPD habe sich bei den Pariser Verhandlungen gesagt, Schwamm über das Bisherige und mitarbeiten, darum sei Ollenhauer nach Paris gefahren. „Die Opposition ist ein Teil der Demokratie.“ Im übrigen habe man sich nicht leichten Herzens grundsätzlich für eine Wiederaufrüstung entschieden. Selbst das friedliche Schweden gibt große Summen fürs Militär aus. Wenn man Gesamtdeutschland haben will, muß man Deutschland aus den beiden Blöcken herausnehmen, was keine Neutralisierung sei. Die UNO bilde den Rahmen für ein kollektives Sicherheitssystem. Wir müßten uns so ähnlich wie die Schweden verhalten. Es wurde überhaupt des öfteren auf Schweden verwiesen. Als Weg einer Aenderung der westdeutschen Politik wurde auf die ... kommenden Wahlen verwiesen.

Die anschließende Diskussion zeigte, daß unter der Mitgliedschaft andere Gedanken Geltung haben. „Opposition“ wäre zuviel gesagt. Von einem jüngeren Genossen wurde gefragt, was die SPD tut, wenn Adenauer die neuen Pläne durchbekommt. Sie müßte sich jetzt festlegen, dann nicht mehr mitzumachen.

Ein alter Genosse (vor 1933 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft) meinte, die parlamentarische Mehrheit entscheide. Wenn aber wie 1933 ein entscheidender Punkt käme, müßten wir auch unsere Machtmittel einsetzen (Beifall). Die Partei müsse lernen. Ein anderer fragte, was wir unternehmen sollen. Man solle von Seiten der SPD Adenauer kein Vertrauen aussprechen.

Ein Genosse der Gruppe Arbeiterpolitik versuchte klar zu machen, daß man von einem konsequenten Standpunkt, aus der Sicht der Arbeiterklasse und des Sozialismus, die Wiedervereinigung und Bewaffnung sehen muß. Wenn man die Wiederbewaffnung in Westdeutschland unterstützt, so dient das nur dem Kapitalismus. Man dürfe sich nicht aufs Parlament verlassen, sondern müsse die außerparlamentarischen Kräfte der Arbeiter sammeln und gegen Adenauer führen.

Das Schlußwort wurde allgemein beantwortet. Was tut die Partei? Die Partei sind wir alle! Die Aktivität sei zurückgegangen. Wir müssen gegen uns selber hart sein. Ideen fehlten. Für die freiheitliche Demokratie. Die Wahlen müßten der Ausgangspunkt sein usw. Aber nichts Neues.

Große und größere Anfragen

In der letzten Bürgerschaftssitzung stand die Frage um den Verkauf der Howaldtswerke mit auf der Tagesordnung. Wie wir berichteten, halte die SPD-Fraktion eine große Anfrage gestellt.

Als Käufer war die Dortmunder-Hörder-Hüttenunion angemeldet, und nach den letzten Meldungen ist die MAN hinzugekommen. Letztere sei bereit, ihre Schiffsdieselproduktion, die in Süddeutschland liegt, in Hamburg aufzubauen. Der Kuchen, der zu verteilen ist, ist ein beson-

ders schmackhafter, die Meute drängt. Bereits im Jahre 1952 bestanden Verkaufsabsichten. Damals trat Herr Onassis auf. Das damalige Kaufangebot entsprach noch nicht einmal dem Gegenwert der stillen Reserve und des Gewinnes eines Jahres! Das wäre ein Verschauern für ein paar lumpige Millionen gewesen.

Damals zeigte die SPD hanseatischen Kaufmannsgeist. Laut „Hamburger Echo“ vom 1. Februar 1952 schrieb Bürgermeister Nevermann an Bundesfinanzminister Schäffer: „Sollte die Bundesregierung trotzdem am Verkauf festhalten, so müßte sichergestellt werden, daß der Verkaufserlös für so wichtige Vorhaben wie den Aufbau einer Werft auf Steinwerder ... zur Verfügung steht ... müßte die ausländische Käufergruppe neben dem Kaufpreis mindestens Investitionsmittel in Höhe von 15 Mill. bereitstellen.“

Zum jetzigen Verkauf erklärte Brauer für die SPD:

„Wir sind gegen die Reprivatisierung eines so gut funktionierenden bundeseigenen Betriebes. Worum es hier geht, ist zu verhindern, daß deutsche Betriebe mit ausländischem Kapital überfremdet werden. ... Das Privatkapital soll sich Geschäfte mit echtem Risiko aussuchen. Das wäre zum Beispiel bei dem Wiederaufbau von Blohm & Voss durchaus gegeben.“

Ferner sagte Brauer:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem und der Staat sind den Interessen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nötig ist eine Neuordnung von Grund auf, die das Wohlergehen des Volkes statt des kapitalistischen Machtstrebens zum Inhalt hat. Ein Ausverkauf der wertvollen Betriebe muß vermieden werden.“

Soweit ganz schön. Aber wie will Brauer das Verramschen verhindern? Mit parlamentarischem Theaterdonner? Mit Brandreden oder Händeringen, die der Bundesregierung, die eine Mehrheit hat, höchstens die Kulisse der „echten Kampfscheidung“ liefern und die Arbeiter mit Gewäsch vom „Nächstens besser wählen!“, einschläfern? Warum nicht die Hamburger Arbeiter aufrufen, die die Kraft haben, den Bonner Herren heilsamen Schrecken einzujagen? Hier kann für „die Interessen des deutschen Volkes“ eine Lanze gebrochen werden, die nicht von Pappe ist. Die Demokratie arbeitet aber anders. Wirk-samer!

In der Bürgerschaftssitzung wurde in diesem Punkt keine Entscheidung getroffen, da es sich nur um eine Anfrage handelte, „die ohne einen formellen Beschluß der Bürgerschaft beendet“ wurde, wie das „Hamburger Echo“ feststellte.

Also? Was weiter? Wir stellen eben eine noch größere Anfrage, wenn die Howaldtwerke verkauft sein werden. Dann haben wir's ihnen gezeigt! Wir sind noch da!

Voratomare Erfolgsbilanz

„Die amerikanische Kongreßbibliothek hat die Kosten der drei letzten Kriege ausgerechnet. Die materiellen Verluste sehen folgendermaßen aus:

Erster Weltkrieg: 230 Milliarden DM — Kosten pro Tag: 137 Millionen DM;

Zweiter Weltkrieg: 1,9 Billionen DM — Kosten pro Tag: 930 Millionen DM;

Koreakrieg: 634 Milliarden DM — Kosten pro Tag: 380 Millionen DM.

Die Kosten aller drei Kriege einschließlich der bis jetzt unübersehbaren Kriegsfolgekosten betragen 2,8 Billionen DM.

Schwerer aber noch als die materiellen Werte wiegen die Verluste an Menschenopfern. Sie betragen im einzelnen:

Erster Weltkrieg: 9,7 Millionen (davon 2 Millionen Deutsche);

Zweiter Weltkrieg: 55 Millionen (die Zahlen der geschätzten Opfer des zweiten Weltkrieges liegen zwischen 30 und 55 Millionen). Von diesen Toten waren 3,25 Millionen deutsche Soldaten und rund 3 Millionen deutsche Zivilisten.

Koreakrieg: Hier liegen nur genaue Zahlen der UNO-Seite vor: 77 159 Tote, davon 42 765 Südkoreaner; die Verluste der Nordkoreaner und Chinesen werden auf 300 000 geschätzt und die der koreanischen Zivilbevölkerung auf 1,5 Millionen.“ („Die Welt“, 18. Oktober 1954)